SCHWEIZ·KONSUM-VEREIN

ORGAN DES VERBANDES SCHWEIZ·KONSUMVEREINE (V·S·K·)

XIII. Jahrgang | Basel, den 15. Februar 1913 | No. 7

Wöchentlich erscheint eine Nummer von 8—16 Seiten Text. Abonnementspreis Fr. 4.40 p. Jahr, Fr. 3.— p. 6 Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 7.— p. Jahr.

Motto: Das Schweizervolk kann seine wirtschaftliche Selbständigkeit gegenüber dem Ausland nur behaupten und im Innern zu grösserem Wohlstand und höherer sozialer Gerechtigkeit nur fortschreiten, wenn es seine Konsumkraft organisiert. Die genossenschaftliche Zusammenfassung dieser Kraft ist daher für uns eine Lebensfrage: Sie ist unsere nationale Aufgabe im XX. Jahrhundert.

Inhalts-Verzeichnis:

Ueber den Stand und die Entwicklung unserer Verbandsvereine im Jahre 1911. — Zum Petroleumkrieg. — Neutralität der Konsumgenossenschaften. — Die Ausschaltung des Zwischenhandels eine Notwendigkeit des Wirtschaftsprozesses. — Konkordia-Erfolge. — Fort mit der Krämertaktik. — Genossenschaft und Gewerkschaft. — Ueber die Wirkungen der „freien" Konkurrenz im Kleinhandel und Gewerbe. — **Aus der Praxis:** Ueber bessere Arbeitsverteilung in den Konsumvereinen. Züricher Steuerfragen. — **Arbeiterbewegung:** Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1911. — **Aus unserer Bewegung:** Baden, Basel, Goldau, Langenbruck, Langenthal, Langnau i. E., Lyss. Niedergerlafingen, Delsberg, Genf, Grenchen, Heerbrugg, Solothurn, Uetendorf.

Ueber den Stand und die Entwicklung unserer Verbandsvereine im Jahre 1911.

Mit grossem Interesse werden Jahr für Jahr die statistischen Erhebungen über die dem V. S. K. angehörenden Konsumgenossenschaften erwartet. Wie schon in früheren Jahren, erlauben wir uns auch heute wieder an dieser Stelle, noch einmal auf die wichtigsten Ergebnisse der separat erschienenen Publikation zurückzukommen, um auch weitere Kreise, die unserer Bewegung sympathisch gegenüberstehen einige Orientierungen zu geben.

Erst in den letzten Dezembertagen des vergangenen Jahres gelangten die «Statistischen Erhebungen über den Stand und die Entwicklung unserer Verbandsvereine im Jahre 1911» zum Versand.

Wir müssen jedoch betonen, dass an der bedauerlichen Verspätung im Erscheinen dieser Publikation die Angestellten unserer statistischen Abteilung, die mit der Sammlung und Ausbeutung der Fragebogen betraut sind, keine Schuld trifft. Diese liegt vielmehr in der Ueberwindung grosser Schwierigkeiten, die uns aus den Reihen unserer Konsumvereine selbst gemacht werden. Ueber diesen eigentlich wunden Punkt unserer statistischen Erhebungen, sagt der einleitende Bericht unter anderm folgendes: «Die in früheren Berichten erhobenen Klagen über die Schwierigkeiten, ein fehlerloses Material rechtzeitig zu erhalten, müssen wir auch dieses Mal wiederholen; anstatt einer Besserung, mussten wir sogar eher eine Verschlimmerung feststellen. An viele Vereine musste sogar nicht nur einmal, sondern fünf- bis sechsmal geschrieben werden, um die gewünschten Aufklärungen zu erhalten, und trotz diesen mehrfachen Mahnungen ist die Zahl derjenigen Verbandsmitglieder, die entweder gar keine oder nur lückenhafte Angaben geliefert haben, relativ noch grösser als im Vorjahre.»

Wir wissen wohl, dass die Beantwortung der vielen und zum Teil etwas komplizierten Fragen, einer grossen Zahl von Vereinen, besonders der kleineren, die noch wenig geschultes Personal zur Verfügung haben und deren Verwaltung die freie, dem Konsumverein zu widmende Zeit oft dem Schlafe rauben müssen, gewisse Schwierigkeiten bereiten. Es sind das aber alles Schwierigkeiten die sich überwinden lassen, denn wo der Wille dazu vorhanden ist, zeigt sich auch der gangbare Weg, und unser Verbands-Sekretariat ist zu jeder Zeit dazu bereit Hilfe zu gewähren und Missverständnisse zu beseitigen.

Unverständlich ist es daher, dass Genossenschafter, — dann wenn es gilt eine grosse genossenschaftliche Aufgabe zu lösen — ungenossenschaftlich handeln.

Im allgemeinen zeigen unsere Konsumvereine einen berechtigten Stolz im Bestreben, eine klare, ausführliche Jahresrechnung zu publizieren. Das ist eine unserer schärfsten Waffen im Kampfe gegen die ungerechten Angriffe der Privathändler und ihrer Presse.

Eine klare, vollständige und bis in die letzten Details genaue statistische Erfassung aller unserer Vereine, unter einheitlichen Grundsätzen, erhöht unsere Stosskraft noch bedeutend und schwächt die Argumente der Gegner. Daher lohnt sich die gehabte Mühe und Arbeit aufs Schönste. Dazu kommt noch die Freude und die innere Genugtuung jeder Vereinsverwaltung, an einem Werke teilzuhaben, welches dazu dient, den Wert der gemeinsamen Bewegung zu erhöhen und ihr neue Freunde im In- und Auslande zu gewinnen.

Wir kennen die inneren Mängel unserer Statistik wohl und haben uns darüber im Jahre 1912 (Nr. 4 des S. K.-V.) genauer ausgesprochen. Bevor wir aber guten Mutes an die Ausfüllung dieser Lücken herantreten können, müssen zuerst sämtliche äusseren Widerstände von seiten unserer Verbandsvereine gehoben werden. Dass uns dies gelingen

möge, ist unser hauptsächlichster Wunsch im Hinblick auf die bereits begonnenen Vorbereitungen der statistischen Erhebungen über das Jahr 1912.

* * *

Die statistischen Erhebungen sind im allgemeinen für das Jahr 1911 in gleicher Weise vorgenommen worden wie für 1910. Einzig da, wo die Erhebungen für das Vorjahr wiederholt zu unrichtigen Resultaten führten, nämlich bei der schablonenmässigen Berechnung der Haushaltungen für jedes Wirtschaftsgebiet, wo die offiziellen Zahlen noch nicht publiziert waren, haben wir eine Aenderung vorgenommen, indem von der Aufnahme der Haushaltungszahl in die Berechnungen bis auf weiteres Umgang genommen wurde. Ferner wurde bei den Bilanzposten auf der Passivseite statt der Bezeichnungen Obligationen und Kreditoren die neuen Rubriken «Bankschulden» und «Warenschulden» gewählt. Vom betriebstechnischen Standpunkt aus ist es nämlich von Interesse, zu erfahren, wieviel langfristige Kredite — ohne Depositengelder — die Verbandsvereine beanspruchen und wieviel kurzfristige zur Bezahlung der Warenschulden. Bei der Bearbeitung der Erhebungen hat sich dann allerdings gezeigt, dass in Zukunft mit dieser Ausscheidung allein nicht ausgekommen werden kann. Unter Bankschulden sind diesmal auch die Obligationen eingereiht worden, die sehr oft von Mitgliedern übernommen sind; so entsteht heute ein falsches Bild darüber, wieviel Mittel unsere Konsumvereine aus dem eigenen Mitgliederkreis, und wieviel anderseits von Dritten flüssig machen können.

Nach diesen allgemein orientierenden Bemerkungen gehen wir nunmehr dazu über, die einzelnen Rubriken unserer Statistik genauer ins Auge zu fassen. Wir beginnen mit dem

Geschäftsjahr. In der Vereinheitlichung des Termins der Rechnungsabschlüsse unserer Verbandsvereine wurden noch keine Erfolge erzielt. Da die Erhebungen auf einen bestimmten Termin abgeschlossen werden müssen, so beeinträchtigt dieser anarchische Zustand in Bezug auf die Rechnungsabschlüsse natürlich auch den Wert unserer Statistik. Beim Druck sind bereits einzelne der wichtigeren Zahlen veraltet, während neuere Daten vorliegen, die jedoch nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

Unser Wunsch, es möchte für bessere Uebereinstimmung in den Abschlussdaten unserer Verbandsvereine mehr als bisher gesorgt werden, ist um so gerechtfertigter, als in zahlreichen Fällen diese Geschäftsjahre rein willkürlich, ohne zwingende Gründe gewählt worden sind.

Wirtschaftsgebiet. Die Zahl der Gemeinden, die in das Wirtschaftsgebiet (ermittelt durch die uns seinerzeit von den Vereinen eingesandten Kartenausschnitte, auf denen sie ihr Wirtschaftsgebiet eingezeichnet hatten) unserer Verbandsvereine fallen, hat sich von 1006 auf 1056 vermehrt, und die Zahl derjenigen Gemeinden, in denen Läden sind, von 489 auf 493. Diese Veränderung des Wirtschaftsgebietes ist nämlich nicht nur dadurch entstanden, dass neue Verbandsvereine aufgenommen wurden, sondern auch dadurch, dass bestehende Vereine neue Läden in anderen Gemeinden errichtet haben oder wenigstens eine grössere Anzahl von Mitgliedern in den Nachbargemeinden erworben haben. Anderseits haben auch eine Anzahl Verbandsvereine auf Wirtschaftsgebiet, das von ihnen nicht bearbeitet, aber teilweise von anderer Seite beansprucht wurde, verzichtet. An Zuwachs von Wirtschaftsgebiet seitens schon 1910 dem Verband angehörender Vereine ergaben unsere Erhebungen 114 Gemeinden oder Weiler.

Aus diesen Angaben geht zur Evidenz hervor, dass Jahr für Jahr auch von unsern bestehenden Verbandsvereinen das konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsgebiet ausgedehnt wird. Letzteres zählt dementsprechend heute bereits 2,538,000 Einwohner gegenüber 2,420,000 im Jahre 1910, also 118,000 mehr. Da naturgemäss die konsumgenossenschaftliche Organisation eher in grösseren Orten Fuss fasst als in kleineren, und das bisher noch nicht von Verbandsvereinen bearbeitete Gebiet hauptsächlich kleinere Ortschaften umfasst, ist nicht mit Sicherheit darauf zu rechnen, dass die Eroberung des noch fehlenden Gebietes immer im gleichen Tempo vor sich gehen wird; es gibt in der Schweiz noch viele kleine Ortschaften, in denen die Bildung eines Konsumvereins noch auf Jahre hinaus nicht zu erwarten steht, und die sich auch nicht zu Filialen bereits bestehender Verbandsvereine eignen, es müsste denn der bisher in unseren Verbandsvereinen übliche Betrieb wesentlich verändert und der kleineren Einwohnerzahl angepasst werden. Vom betriebstechnischen Standpunkt aus ziehen wir die Erschliessung des bisher noch nicht bearbeiteten Gebietes durch bestehende Verbandsvereine der Neugründung kleiner, oft ohne weitere Entwicklungsmöglichkeit bestehender neuer Genossenschaften vor, und darum ist für die Beurteilung des Standes unserer Bewegung wichtiger die Zahl der organisierten Konsumenten als die der Konsumgenossenschaften.

Leider stehen dieser Entwicklung oftmals Hindernisse entgegen einerseits in dem stark entwickelten Lokalpatriotismus, anderseits auch in dem Mangel an Entgegenkommen oder Expansionsdrang bei bestehenden grösseren Verbandsvereinen. Immerhin tendiert die Entwicklung, wie die Beispiele aus England und Deutschland dies lehren, mehr auf Schaffung von grösseren Bezirkskonsumvereinen als von zwergartigen Konsumgenossenschaften, die in ihrer Vereinzelung trotz dem Anschluss an unseren Verband doch nie die volle Leistungsfähigkeit erlangen werden, es sei denn, dass sie sich trotz Aufrechterhaltung ihrer selbständigen Organisation zur Erfüllung weiter gesteckter Aufgaben, wie Bäckerei, Fleischvertrieb etc., mit anderen benachbarten Verbandsvereinen zu Zweckverbänden vereinigen würden.

Zahl der Mitglieder und prozentuales Verhältnis zur Einwohnerzahl. Die Zahl der in unsern Verbandsvereinen organisierten Konsumenten hat um 12,101 oder 5,7% gegenüber 1910 zugenommen; sie beträgt nach dieser Statistik nun 224,423. In Wirklichkeit war diese Zahl bereits auf Ende 1911, geschweige denn auf den Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Berechnungen bedeutend höher, da verschiedene Verbandsvereine, die in der ersten Hälfte des Jahres 1911 ihre Rechnung abschlossen, seither bedeutende Mitgliedervermehrung aufweisen.

Bis	100	Mitglieder zählen	74 Vereine
101—	300	» »	140 »
301—	600	» »	51 »
601—	1,000	» »	33 »
1,001—	3,000	» »	19 »
3,001—	6,000	» »	5 »
Ueber	10,000	» »	5 »

Die ihrer Mitgliederzahl nach an der Spitze marschierenden 10 Konsumvereine sind folgende:

A. C. V. Basel	mit 32,644	Mitgliedern
L. M. V. Zürich	» 21,495	»
S. c. d. C. Genève	» 17,223	»

A. C. V. Luzern	mit 10,589	Mitgliedern
K. G. Bern	» 10,525	»
K. G. Biel (Bern)	» 5,276	»
K. V. Olten	» 5,007	»
K. G. Oberwil	» 4,091	»
K. V. Winterthur	» 3,234	»
S. c. d. C. Vevey	» 3,220	»

Neben der absoluten Zahl der organisierten Konsumenten ist es ferner von Interesse, festzustellen, wie sich diese Zahl relativ zu der Gesamtzahl der Haushaltungen resp. Einwohner verhält, d. h., wie intensiv unser Land bereits konsumgenossenschaftlich organisiert ist. Es ist uns leider noch nicht möglich, die genaue Zahl der Haushaltungen für jedes Wirtschaftsgebiet mitzuteilen und der Versuch, der letztes Jahr gemacht wurde, die Zahl der Haushaltungen nach einem gewissen Durchschnitt (10 Haushaltungen auf 45 Einwohner) zu berechnen, ergab kein genaues Resultat. Darum begnügen wir uns für diesmal damit, statt der unbekannten Zahl der Haushaltungen die bekannte der Einwohner mit der Zahl unserer Mitglieder in Vergleich zu stellen, und es ergibt sich dabei folgende Uebersicht:

Bis zu 1% d. Einw.	sind organisiert in	7	Vereinen
1,1%— 5%	„ „	116	„
5,1%—10%	„ „	104	„
10,1%—15%	„ „	67	„
15,1%—20%	„ „	22	„
20,1%—25%	„ „	6	„
Ueber 25%	„ „	2	„

Ueber 25% der Einwohner sind organisiert in Maisprach und Hätzingen (25,2 resp. 25,1%). Das zeigt, dass also auch kleinere Vereine mit unter 500 Mitglieder an die Spitze gelangen können.

Als Gesamtresultat ergibt sich, dass von je 1000 Einwohnern des von uns bearbeiteten Gebiets 89 in unseren Verbandsvereinen organisiert sind. Wenn man nach dem gleichen Verhältnis wie letztes Jahr die Haushaltungen berechnen würde, ergäben sich 554,637, also bei uns organisiert 405 auf 1000. Im Taschenkalender 1913 findet sich auf Seite 140 noch eine Aufstellung, in der die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Kantone und das Verhältnis zur Totalbevölkerung dargestellt ist; auf die ganze Schweiz berechnet sind erst 270 auf 1000 Haushaltungen Mitglieder unserer Verbandsvereine; es bietet sich also noch ein grosses Arbeitsfeld für die Zukunft.

Bei den an der Spitze stehenden Verbandsvereinen muss berücksichtigt werden, dass solche auch viele Mitglieder ausserhalb ihres Wirtschaftsgebietes zählen.

Zahl der Läden. Die Abgabestellen sind von 993 auf 1072 gestiegen, haben sich also um 79 = 7,15% vermehrt, also ausnahmsweise stärker als die Zahl der Mitglieder. Dass der Durchschnittsumsatz pro Laden trotzdem auf Fr. 101,968 gestiegen ist, sich also um Fr. 1049 = 1,04% vermehrt hat, hat seinen Grund in der starken Umsatzvermehrung.

(Fortsetzung folgt).

Zum Petroleumkrieg.

Mit dem angekündigten Kampf zwischen der deutschen Regierung und dem amerikanischen Petroleum-Trust scheint es nun doch ernst zu werden. Die Dinge haben sich bereits schon so zugespitzt, dass ein Zurückweichen deutscherseits gleichbedeutend wäre mit einer Niederlage. Der Kampf muss also zum Austrag kommen. Gilt es doch der Welt einmal zu zeigen, wer stärker ist, bezw. wer mehr Recht hat: ein viele Millionen Verbraucher repräsentierendes Reich oder eine Handvoll um Rockfeller gescharte Kapitalisten? Allerdings lässt sich über den Ausgang dieser «Schachpartie» noch nichts bestimmtes sagen, da alles davon abhängt, inwiefern es der deutschen Regierung gelingt, ihren Bedarf ausserhalb des Trusts zu decken, was umso schwerer zu sagen ist, als man selbst bei sogenannten Aussenseitern niemals recht weiss, ob es wirkliche Aussenseiter oder blos Schein-Aussenseiter sind. Was nun aber die Chancen bereits zu Ungunsten des deutschen Angreifers verschiebt, das ist, dass die Standard-Oil-Co., zu dem Kriegsfonds, über den sie bereits verfügt, eine neue Steuer auf alle Verbraucher angeordnet hat, die ihr in kurzer Zeit hunderte von Millionen Mark Mehrgewinn einbringen wird. In der Tat, von allen Seiten kommen Meldungen über die Hausse des Petroleums. Besonders interessant sind dabei die Vorwände mit denen man diese Erhöhungen zu rechtfertigen sucht. Der eigentliche Grund aber, den man nicht nennen will, ist einfach der, dass Rockfeller sich vorgenommen hat, alles aufzubieten, um die Rendite des neuen deutschen Reichsmonopols illusorisch zu machen, damit andere Staaten nicht auch auf die Idee kommen können, mit ihm ebenfalls ein Hühnchen zu rupfen.

Als Herr und Gebieter eines Kontingents über 70% der Weltproduktion, ist es ihm leicht, die Preise sehr hoch zu halten. Dabei verfolgt der Trust einen doppelten Zweck: erstens soll die deutsche Regierung dadurch gezwungen werden, zu relativ hohen Preisen ihre Verträge abzuschliessen; ist sie einmal auf diese Weise gebunden, dann kann sie nachher mit den Detailpreisen nicht mehr leicht heruntergehen, während der Trust es kann und vielleicht auch tun wird, wenn auch nur um den deutschen Konsumenten zu zeigen, dass sie unter dem Monopol höhere Preise bezahlen als vorher, bezw. als die umliegenden Nachbarländer. Zweitens wird es ihm mit seinen angehäuften Reserven ein leichtes sein, gewissen sogenannten Aussenseitern höhere Rohölpreise zu bieten, als dies die deutsche Regierung kann, denn was macht es Rockfeller aus, während einiger Zeit einige hundert Millionen zu opfern, um diesen seinen Zweck zu erreichen, während es der deutschen Regierung ungleich weniger leicht sein dürfte, ähnliche Summen zu riskieren. Wie dem auch sei, und so hochinteressant der Kampf an sich auch sein mag, so viel ist sicher, dass wir Konsumenten die Kosten bezahlen.

Im übrigen will es uns scheinen, dass die deutsche Regierung besser getan hätte, die für Durchführung des Petroleummonopols benötigten Summen auf Verbilligung und Ausbreitung der Gas- und elektrischen Beleuchtung zu verwenden, wodurch der Trust wohl eher zu bewegen gewesen wäre, um seinem Petroleum dennoch den Absatz zu sichern, den Bogen nicht zu überspannen.

Neutralität der Konsum-Genossenschaften.

Unter dieser Spitzmarke erschien in No. 6 vom 8. Febr. der «Schweiz. Gewerbezeitung» folgender Erguss:

«Ein typisches Beispiel der viel gerühmten Parteilosigkeit bildet ein Konsumverein in St. Fiden. Dieser verwendet seinen Reingewinn wie folgt: 1. an das italienische Sekretariat St. Gallen; 2. an das Parteiorgan in Lugano (sozialdemokratisch); 3. an die Arbeiterunion St. Gallen; 4. an die «Opfer» des

Generalstreiks in Zürich. Daran wird die Bemerkung geknüpft, die schweiz. Konsumvereine können von diesem Verein lernen, wie sie ihren Reingewinn trefflich verwerten können. Worte dazu sind wirklich unnötig, um ans Tageslicht zu bringen, wo das ganze Konsumvereinswesen hinzielt. Mache sich jeder seine eigenen Gedanken hierüber. Der Korrespondent jenes Artikels hat den Herren etwas zu früh aus der Schule geschwatzt.»

In ähnlicher Fassung ist obige Notiz — allerdings ohne die drei Schlussätze — zuerst in Nr. 205 vom 2. September 1912 in der St. Galler «Volksstimme» erschienen.

Die Redaktion der «Schweiz. Gewerbezeitung» verrät ihre «ehrliche» journalistische Gesinnung dadurch, indem sie mit Absicht wichtige Tatsachen unterschlägt.

1. verschweigt sie, dass es sich um einen Konsumverein eines italienischen Konsumvereinverbandes handelt, mit dem man unmöglich unsere schweizerische Konsumvereinsbewegung identifizieren darf;
2. wird verheimlicht, dass wir bereits am 14. September 1912 in Nr. 37 des «Genossenschaftlichen Volksblattes» energisch gegen die in dem betr. Artikel ausgesprochenen Ansichten protestiert haben.

Wir schrieben damals u. a. folgendes:

«Von den italienischen Konsumvereinen haben die schweizerischen nichts zu lernen, wohl aber dürften nicht bloss die italienischen, sondern auch viele unserer schweizerischen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterführer sich einmal etwas näher mit den wahren Aufgaben der Konsumgenossenschaftsbewegung befassen. Sie scheinen immer noch in der Erwartung zu leben, eines schönen Tages in eine neue Wirtschaftsordnung eingehen zu können, wie man in ein neues Haus einzieht, und denken nicht daran, dass die neue Gesellschaftsordnung, so gut wie ein neues Haus, Stein um Stein aufgebaut werden muss.»

Die Absicht des neuen Redaktors der «Schweiz. Gewerbezeitung ist durchsichtig genug, wird aber nicht verfangen können. Immerhin wäre es bedauerlich, sollte er es in Zukunft nicht vermeiden können, die Traditionen einer «Bürgerzeitung» auf die «Schweiz. Gewerbezeitung» zu übertragen.

Die Ausschaltung des Zwischenhandels eine Notwendigkeit des Wirtschaftsprozesses.

Auch das wirtschaftliche Leben befindet sich in immerwährendem Flusse. Die Produktion, der Verkehr und die Verteilung der Güter machen Wandlungen durch, erzeugen neue Formen der Organisation und zwingen immerfort neue Personen, neue Kräfte in ihren Dienst.

Alte Wirtschaftsformen müssen sich dem neuen Gestaltungsprozess einfügen und anpassen, oder sie werden automatisch abgestossen und ausgeschaltet. Dieser Ausschaltungsprozess geschieht oft nicht leicht und geht meistens nur unter starken Reibungen vor sich. Aber der gewaltige und machtvolle Wirtschaftsprozess bleibt Sieger und schreitet unentwegt vorwärts.

Das erbitterte Ringen zwischen Altem und Neuem erörtert Kommerzienrat Otto Münsterberg (Danzig), wie wir der «Konsumgenossenschaftlichen Rundschau» entnehmen, in einem lesenswerten Artikel in Nummer 1 der «Deutschen Wirtschafts-Zeitung». Die charakteristischen Beispiele, — aus dem ostdeutschen Handel — die uns gezeigt werden, sind alle dem modernen praktischen Leben entnommen und von allgemeiner Bedeutung. Dem Verfasser gelingt es dabei vortrefflich, zu zeigen, dass diese Entwicklung eine unabwendbare sei, dass es grundsätzlich verkehrt sei, sie zu beklagen, und dass sie, als Ganzes genommen, Fortschritt bedeute. Daher möchten wir im nachstehenden unsere Leser mit einem Teil der interessanten Ausführungen bekannt machen:

Die Zufuhr von Getreide — so lesen wir — beruhte seit Jahrhunderten auf Vorschüssen der Kommissionäre an ihre Kunden jenseits der Grenze, wofür sie das stromab herangebrachte Getreide zum Verkauf an der Börse erhielten. Dieses gewinnreiche Geschäft war wegen der grossen Kredite reich an Gefahren und oft genug grossen Verlusten ausgesetzt.

Die Eisenbahn hat zur Dezentralisierung dieses Handels geführt. Anstelle der Flusschiffsladung trat eine neue, und zwar kleine Einheit, der «Waggon», der hunderten von kleinen Händlern die Möglichkeit von Geschäften bot, wo früher nur für wenige Grosshändler Raum gewesen war. Die abgestempelten Duplikatfrachtbriefe werden bevorschusst, so dass bis zu einem gewissen Grade die Banken die Mittelsleute für dieses grosse Geschäft geworden sind.

Diese einschneidende Veränderung hat zuerst in den 1880er Jahren, zuletzt im Jahre 1890 zu einer schweren Krise geführt, als die Rückzahlung der grossen Vorschüsse zu stocken begann. Viele deutsche Häuser kamen zu Fall. Nur eine kleine Zahl überstand die Gefahr. Andere erloschen still und nur wenige vermochten sich der neuen Zeit anzupassen. Die russischen Händler verkaufen ihr Getreide an den Seeplätzen direkt durch ihre eigenen Vertreter. Ein jahrhundertelang unentbehrlicher Zwischenhandel ist dadurch ausgeschaltet.

Die neuen Verhältnisse haben auch die innere Struktur des Geschäfts beeinflusst, das schnelles, entschlossenes Handeln fordert und für Unklarheiten keinen Raum lässt. Manches laxe Wesen der «guten, alten Zeit» musste verschwinden. Wiegeämter, in Königsberg obligatorisch, in Danzig einstweilen noch wahlfrei, sind eingerichtet. Das unendlich verfeinerte Rechtsgefühl hat zu ausgedehnter Kodifizierung der Handelsgebräuche in allen grossen Geschäftszweigen geführt, die es den Gewerbetreibenden ermöglichen, ihre Aufmerksamkeit auf das Wesentliche zu konzentrieren.

Wie für das ausländische Geschäft der «Kommissionär», so war für das inländische der «Faktor» die Mittelperson. Er war der Vertrauensmann der Landwirte und der Provinzialhändler, er gewährte ihnen Kredit und besorgte ihre Geschäfte im Verkaufe der Produkte und im Einkauf ihres Bedarfs. Auch dieses alte Geschäft hat die moderne Technik, haben Eisenbahnen, Telegraph und Telephon und, last not least, die zahlreichen landwirtschaftlichen Genossenschaften fast vollständig beseitigt. Die Genossenschaft oder die aus ihr hervorgegangene Aktiengesellschaft will von den Produzenten direkt kaufen und exportieren. Im Kampfe dagegen schufen wiederum einzelne Exporteure eigene Einkaufsorganisationen. Die Ausschaltung des alten Zwischenhandels war ebenso eine notwendige Folge wie die Konzentration riesiger Umsätze in wenigen Händen.

Ob diese Konzentration anstelle der frühern Teilung der Arbeit stets wirtschaftlich richtig ist,

wird die Zeit lehren. Mindestens dürfte die Gewährung sehr grosser Kredite an die verkaufenden Landwirte in einer Hand bedenkliche Folgen zeitigen können.

Auch im Holzhandel vollzieht sich eine Ausschaltung des Zwischenhandels. Gegenüber russischen Firmen, die zugleich Waldbesitzer und Exporteure sind, muss der deutsche Holzexport bemüht sein, selbst Wälder, mindestens aber fertig ausgearbeitete Hölzer aus erster Hand zu erwerben. Zahlreiche «Hausmakler», Kommissionäre und Agenten sind dadurch überflüssig geworden.

Die kleinen Gewinne des heutigen Handels gestatten den Zwischenhandel nur noch in seltenen Fällen. Seine Ausschaltung bedeutet eine allmähliche Umschichtung der ganzen handeltreibenden Bevölkerung, denn sie entzieht Tausenden die Möglichkeit des früheren Erwerbs.

Der Zwischenhändler, der aus seinem Berufe hinausgedrängt wird, geht oft wirtschaftlich zugrunde, besonders, wenn er mit dem letzten Reste seiner Mittel einen Kampf fortzuführen bemüht ist, in dem er bereits der Besiegte ist; er wird von neuem Handlungsgehilfe, oder im günstigsten Falle (wie oft in der Textilbranche) Agent der Fabrik, deren Käufer er früher gewesen sein mochte.

Die Klagen des Mittelstandes dürften neben der wachsenden Ueberfüllung des Kleinhandels oft auf diese einfache Formel der Ausschaltung zurückzuführen sein.

Zu der Konzentration der Kapitalien in Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Warenhäusern, in den grossen Spezialgeschäften und in den Konsumvereinen tritt als wichtiges Moment noch die Konzentration der Verkehrsmittel. Ueber die preussische Staatseisenbahngemeinschaft, dem gewaltigsten Verkehrsunternehmen der ganzen Welt, braucht man kein Wort zu verlieren; aber die Konzentration die sich dort in höchstem Masse vollzogen hat, macht sich auch anderweit bemerkbar.

Der Schiffsreeder hatte in alten Zeiten nur für die Verfrachtung seiner Schiffe zu sorgen, er war der Regel nach nur Verfrachter, nicht Händler. Zwischen ihm und der befrachtenden Handelswelt stand der Schiffsmakler. In dem Masse aber, wie Massenartikel, wie Kohle, Eisen, Steine zu wichtigsten Befrachtungsobjekten wurden, wie die Notwendigkeit für schnellste Beladung und Entladung der immer grösser werdenden Dampfschiffe zu sorgen im Vordergrunde stand, verschoben sich die Verhältnisse. Der selbständige Schiffsmakler spielt heute nur noch eine Rolle in den grossen Welthandelsplätzen, muss dort aber meist zugleich Frachtspekulant sein. Dafür ist der Reeder selbst heute Schiffsmakler, Kohlen- und Steinhändler geworden, oft ist er Spediteur, nicht selten auch der Bankier seiner Auftraggeber. Was noch vor 40 Jahren in einzelne Berufe zerfiel, ist heute häufig in einer Hand vereinigt.

Mit seinem Eigenbesitz an Schleppschiffen und Dampferlinien, an Spezialwaggons, an mächtigen eigenen Speichern, wird der Spediteur dem Eigenhandel oft überlegen. Aus einem bescheidenen Nebengewerbe ist ein mächtiger Handelszweig geworden, der die Welt umspannt und dem Handel vielfach neue Wege weist.

Die Ausschaltung des Zwischenhandels ist heute vielfach eine vollzogene Tatsache.

Sie wird hier und da aufgehalten durch Zähigkeit und Intelligenz einzelner, und es hat nahezu eines Menschenalters bedurft, bis der heutige Zustand erreicht worden ist. Wir nehmen jetzt das Ende einer Bewegung wahr, die schwere Opfer gefordert hat. Wer aber heute sich in absterbenden Geschäftszweigen selbständig macht, hat kein Recht mehr, zu klagen.

Jede neu erfundene Maschine, jede neue Eisenbahnlinie, jede neue Arbeitsmethode bedeutet für den einen Erleichterung des Geschäfts, für den anderen Verschärfung des schweren Kampfes um das Dasein. Die daraus entstehenden Sorgen treffen den Klein- wie den Grosshandel. Solche Wandlungen können nie aufhören, solange die Jugend gegen das Alter, die neue technische Erfindung gegen alte ankämpft.

Mit Gesetzen oder mit Steuern wird man wenig helfen können; Hilfe kann nur die eigene Kraft, eigenes Können bringen, und die Waffen des heutigen Siegers sind zugleich auch die des Besiegten. Deshalb sind alle Bestrebungen des Mittelstandes, sich ihrer zu bedienen, freundlich zu begrüssen.

Bald sind es die Kolonialwarenhändler, die zwecks Einkaufs, bald die Fleischer, die zur Verwertung von Häuten Genossenschaften bilden, bald die Gastwirte, die Brauereien gründen, oder die Bäcker, die eigene Aktienbäckereien schaffen. Diese Stärkung des Kleinhandels vermindert naturgemäss den Grosshandel.

Einen Ausgleich für die Vernichtung so mancher alten Existenz geben die vielen neuen Geschäftszweige im Gefolge der modernen Technik und Hygiene, des Beleuchtungswesens usw. und ferner gesteigerte qualitative Leistung. Der Siegeszug der Massenfabrikation, der Maschinen findet seine Grenze an individuell geschickter Leistung. Dies gilt für die Gesamtheit von Handel und Industrie auch des Ostens, die überlegen bleiben, wo sie festhalten an qualitativ gehobener Spezialarbeit. Der Siegeszug der deutschen Industrie im Welthandel beweist dies am eindringlichsten.

Was in diesen Blättern ausgeführt ist, ist ein kleiner Ausschnitt aus einem gewaltigen Kampf im wirtschaftlichen Leben. Wandlungen im Handel bedeuten das Ringen um die Vernichtung alter und die Gewinnung neuer Formen, die den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechen. Die Unterliegenden empfinden mit Schmerz, was sie haben dahingleiten sehen, was ihnen in dem erbitterten Kampf ums Dasein genommen ist. Wiederum nach einem Menschenalter aber wird vieles vernichtet sein, was uns, den heute Lebenden, als der Gipfelpunkt moderner Handelskunst und Handelsweisheit erscheint.

Nur in ewiger Bewegung kann der Fortschritt gedeihen.

„Konkordia-Erfolge"!

Die katholische Genossenschaft «Konkordia» scheint mit ihrem achtprozentigen Rückvergütungssystem in Zürich nicht viel Glück zu haben. Bereits liess sie zwei an günstigen Lagen arbeitende Filialen eingehen, ohne sie anderwärts wieder zu eröffnen, und schon wieder redet man davon, dass der Hauptladen an der Rotwandstrasse

auch aufgegeben werde. Ein Kenner der Verhältnisse erklärte uns die Ursache dieses Rückganges in dem absoluten Mangel an genossenschaftlichem Geiste unter den Mitgliedern, aber noch viel mehr im Fehlen der Erkenntnis der wirtschaftlichen Tatsachen. Diese 8% «Rückvergütung» werden immer mehr als ein Täuschungsmittel zum Nachteil der Konsumenten erkannt, die in der «Konkordia» durch höhere Warenpreise zum vorneherein mehr wie einbezahlt werden müssen. Die Preispolitik des mächtig emporblühenden Lebensmittelvereins setzt derartigen Praktiken ein kurzes Ziel. Andererseits zeugt es von gutem und gesundem Geist, wenn auch bei Katholiken das wahre Wesen dieser «Auch»-Genossenschaft erkannt wird und die notwendigen Nutzanwendungen daraus gezogen werden. Unsere Zeit der so zugespitzten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zwingt zum einheitlichen Zusammenschluss; das Handwerk der Genossenschaftszersplitterer ist nur von kurzer Dauer. Wie in Zürich, so werden diese Leute auch anderwärts keine Lorbeeren ernten, wenn unsererseits zielbewusst und energisch auf dem Boden strikter politischer und konfessioneller Neutralität gearbeitet wird. *K.*

Fort mit der Krämertaktik.

Das Bedauern, das Herr Sch. in Nummer 5 des «Schweiz. Konsum-Verein» ausspricht, bezüglich der vierten Seite des «Genossenschaftl. Volksblattes», die verschiedene Verbandsvereine gewissen Lieferanten zum Zweck der Reklame für ihre Geschenkartikel überlassen, wird gewiss von jedem Genossenschafter geteilt, der die Genossenschaftssache nicht bloss als ein spekulatives, gewöhnliches Krämergeschäft beurteilt, sondern in den Konsumvereinen die Träger und Förderer einer gesunden, jeder marktschreierischen Zudringlichkeit abholden Form der Warenvermittlung erblickt. Solche Erscheinungen beweisen zur Genüge, wie mangelhaft unsere Verbandspresse studiert wird, wie schwer zugänglich Vielen Lehren und Ratschläge sind und wie sehr sie sich von gewissen redegewandten Handelsbeflissenen immer wieder über den Löffel balbieren lassen.

Leider ist der gerügte Uebelstand nur einer der vielen, die in den Konsumvereinen noch angetroffen werden. Die Konsumgenossenschaftssache wird vielerorts allzu ausschliesslich als blosses Geschäft angesehen, wobei Geldverdienen und einen grossen Mitgliederkreis zu erwerben zur Hauptsache wird. Das erzieherische Moment, das der ganzen Bewegung erst ihren richtigen moralischen Gehalt gibt, tritt immer mehr in den Hintergrund. So leidet nicht nur die Prosperität, sondern auch das Ansehen einer beträchtlichen Anzahl Konsumvereine unter dem leidigen Uebel des Kreditierens. Schädlicher noch ist dieses Uebel für die kreditnehmenden Mitglieder als für die Vereine selber. Unzählige Mal sind die Genossenschaften schon über die nachteiligen Folgen des Kreditierens in Wort und Schrift aufgeklärt worden, ohne dass es uns bis heute gelungen wäre, dieses Uebel auszurotten.

Man hört in unsern Tagen soviel über die Genussucht klagen. Es ist wahr, so bescheiden wie unsere Vorfahren leben wir nicht. Wenn wir besser wohnen, uns besser kleiden, Anspruch auf bessern Unterhalt machen, so liegt das im allgemeinen Kulturfortschritt begründet. Etwas anderes dagegen ist es, wenn die Zahl der Genussmittel fortwährend zunimmt und ihren Abnehmerkreis stetig erweitert. Genussmittel von oft sehr zweifelhafter, dem menschlichen Organismus wenig zuträglicher Art. Da habe ich in erster Linie den Alkohol im Auge. Ich bin nicht Abstinent und verstehe es sehr wohl, dass man sich an einem guten Tropfen erlaben kann. Aber was in der Fabrikation und im Verbrauch von geistigen Getränken, im besondern von Likören aller Art geleistet wird, übersteigt ein vernünftiges Mass und kann keinen Anspruch auf Notwendigkeit erheben. Auch der Absatz von fabrikmässig hergestelltem Backwerk und Konfiseriewaren, die nicht den eigentlichen Lebensmitteln zugezählt werden können und in keinem Haushalt Mahlzeiten ersetzen, nimmt unausgesetzt zu. Der Konsum solcher Genussmittel geschieht in vielen Familien auf Kosten einer vernünftigen, rationellen Ernährung und steht in keinem Verhältnis zu deren wirklichem Nutzen.

Eine weitere Erscheinung, die den Konsumbetrieb hemmt und belastet und zugleich die Ansprüche der Käufer reizt, ist das fortwährende Auftauchen neuer Fabrikmarken. Ich nenne beispielsweise die chemischen Produkte wie Seifen, Waschpulver, Wichse und Putzmittel; ferner die verschiedenen Qualitäten Fettwaren zu Kochzwecken, Speiseöle, Kaffeesurrogate etc., die sich im grossen und ganzen mehr dem Namen als dem Inhalt nach unterscheiden. Sie ziehen unter den Konsumenten eine gewisse Eigenbrödelei gross, verleiten zu unüberlegten Ausgaben und verursachen übermässig hohe Lagerbestände. Mit dem allgemeinen Steigen der Warenpreise hat noch eine andere, wenn auch nicht unreell zu nennende, so doch nicht ganz einwandfreie Praxis Platz gegriffen. Um die Preise scheinbar auf der alten Höhe belassen zu können, wurden namentlich bei abgepackten und zugeschnittenen Waren die Qualitäten verringert und so die Käuferschaft getäuscht.

Solche und ähnliche Erscheinungen sind wunde Punkte, denen die Konsumvereinsleiter ihre ganze Aufmerksamkeit zuwenden sollten. Vor allem tut hier Belehrung not. Mag es bisweilen scheinen, dass diese Arbeit zu den undankbarsten gehört, so ist nicht zu vergessen, dass «nüt nah la gwünnt». Es ist nicht nötig, dass wir alles und jedes den Privatkrämern nachahmen. Wir sollten unablässig danach streben, die Untugenden, die im Privathandel sich breit machen, von den Konsumvereinen fern zu halten. Die Frauenwelt besonders sollte über den wahren Wert der verschiedenen Lebensmittel, über die Schädlichkeit vieler Genussmittel, die Nachteile des Kreditnehmens, den Unfug des Geschenkliwesens und anderer dergleichen Tricks besser aufgeklärt werden. Ihrer Unkenntnis und ihren falschen Vorstellungen ist es oft zuzuschreiben, wenn auch in Konsumvereinsbetrieben sich Uebelstände einschleichen, die mit den genossenschaftlichen Grundsätzen gar wenig in Einklang stehen. Ueberzeugte, zielbewusste Genossenschafter und Genossenschafterinnen wollen und müssen wir heranbilden und nicht Krämerseelen.

W.

Genossenschaft und Gewerkschaft.

Unter dieser Spitzmarke sind im «Schweiz. Konsum-Verein» wiederholt Artikel erschienen, die das Verhältnis von Genossenschaft zu Gewerkschaft

behandelten. Es möge einem langjährigen Gewerkschafter, der überzeugter Anhänger des Genossenschaftswesens ist und selbst in einem Genossenschaftsbetriebe gearbeitet hat, gestattet sein, ebenfalls einige Worte zur Sache zu sagen.

Zunächst schicke ich voraus, dass ich unter allen Umständen für strikte Neutralität der Konsumgenossenschaften in parteipolitischer und religiöser Beziehung eintrete. Die Konsumgenossenschaften haben die Aufgabe, die Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu decken. Sei es durch Warenvermittlung oder durch Selbstproduktion, sobald hierfür der notwendige Absatz gesichert ist. Das politische oder religiöse Glaubensbekenntnis der Mitglieder haben die Genossenschaft in keiner Weise zu kümmern. Für sie gibt es einfach — Genossenschafter. Dabei ist allerdings nicht zu verkennen, dass es eine sehr grosse Zahl von Konsumgenossenschaftsmitglieder gibt, die alles andere eher als Genossenschafter sind. Als Genossenschafter kann ich z. B. alle jene Mitglieder nicht anerkennen, die ihr genossenschaftliches «Ideal» in einer möglichst hohen Rückvergütung erblicken. Ich nehme ferner alle diejenigen davon aus, die meinen, was für Angestellte und Arbeiter im privatkapitalistischen Betriebe üblich ist, sei auch für den genossenschaftlichen Betrieb gut genug. Der wahre Genossenschafter muss etwas weiter denken und fühlen. Er erwartet von seiner Genossenschaft, dass sie ihm seine Bedürfnisse in guter Qualität zu möglichst billigem, d. h. gerechtem Preise vermittelt. Folglich muss er auch dafür sein, dass die Angestellten seiner Genossenschaft zu gerechten Bedingungen arbeiten. Das ist für mich ein selbstverständlicher genossenschaftlicher Grundsatz, der glücklicherweise von recht vielen Genossenschaftsmitgliedern anerkannt und praktisch betätigt wird, zuweilen aber auch erst nach hartnäckigen Kämpfen mit den andern, oben kurz gekennzeichneten „Genossenschaftern" durchgesetzt werden kann.

Nun das Verhältnis der Genossenschaft zur Gewerkschaft. Es ist wiederholt die Auffassung vertreten worden, genossenschaftlich organisierte Betriebe sollten konsequenterweise nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einstellen und beschäftigen. Eigentlich müsste es, auf den ersten Blick betrachtet, wirklich so sein. Es erscheint doch gewiss eigentümlich, dass in einer Genossenschaft, also in einer der idealsten Organisationsformen, auch Leute als Arbeiter tätig sein sollen, die selbst von ihrer Organisation nichts wissen wollen, oder sie am Ende gar offen oder geheim bekämpfen. Persönlich ist mir ein derartiges Verhalten von Arbeitern nur insofern verständlich, als ich es auf mangelnde Erkenntnis der Bedeutung und Wichtigkeit der Organisation überhaupt zurückführe.

Trotzdem bekenne ich mich als Gewerkschafter ohne langes Besinnen zu den Gegnern der Auffassung, dass die Genossenschaftsbetriebe ihre Arbeiter zum Eintritt in die Gewerkschaftsorganisation zwangsweise anhalten müssten. Mit solchen Muss-Organisierten ist einer Gewerkschaft in keiner Weise gedient. Das sind Leute, die — gezwungenermassen ihre Beiträge bezahlen, sich um die Organisation einen Pfifferling scheren, dieselbe hinten herum verlästern und ihr Schaden zufügen, wo sie können. Vollends von der Vertretung oder Befolgung gewerkschaftlicher Grundsätze ist bei solchen Leuten keine Rede. Gibt es doch schon freiwillige Gewerkschafter genug, die sich um das Schicksal ihrer Organisation nichts mehr kümmern, sobald sie in einem Genossenschaftsbetrieb oder in einer Staatsstellung ihre gesicherte Existenz gefunden haben. Das hält allerdings die gleichen «überzeugten Gewerkschafter» keineswegs ab, von den Genossenschaften zu fordern, sie dürfen nur organisierte Arbeiter beschäftigen. Man hat Beispiele genug, so bemühend sie auch sein mögen. Und so lange auf Seiten der Arbeiter nicht die Einsicht vorhanden ist, dass ihre Produktionskräfte erfolgreich nutzbar gemacht werden müssen durch die eigene Organisation, durch die Gewerkschaft, solange kann ich beim besten Willen keine Pflicht der Genossenschaft anerkennen, ihre Arbeiter zum Beitritt in die Gewerkschaft anzuhalten. Andernfalls müsste man auch die Gewerkschaften verhalten, ihre Mitglieder auf die Genossenschaft zu verpflichten. Jeder einsichtige Mensch muss aus sittlichen Gründen gegen einen solchen Zwang sein, der ja doch nur rein äusserliche Wirkungen hervorzubringen vermag, die inneren Empfindungen aber nicht oder dann nur in den seltensten Fällen zur Reife bringt.

Was mich aber besonders zur Feder hat greifen lassen, ist die mir unverständliche Tatsache, wie unorganisierte Arbeiter überhaupt dazu kommen, sich in Genossenschaftsbetriebe, also doch ebenfalls eine Organisation, wenn auch in einer andern Form und mit andern Zielen als diejenige der Gewerkschaft, hereinzudrängen. Ist es nicht direkt Schmarotzerei, sich an die Früchte der konsumgenossenschaftlichen Organisationsarbeit heranzumachen, während man gleichzeitig der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit die Unterstützung verweigert und ihr sogar Hemmnisse in den Weg legt? Und das, trotzdem die Betreffenden wissen, dass sie doch den Bestrebungen wiederum von organisierten Arbeitern und deren Einsicht zum grössten Teil es zu danken haben, wenn sie die bessern Arbeits- und Lohnbedingungen des Genossenschaftsbetriebes geniessen können. Was würden solche Arbeiter sagen, wenn man ihnen erklären wollte, dass am Ueberschuss ihrer Genossenschaft die ganze Mitgliedschaft zu gleichen Teilen partizipieren würde, ohne Rücksicht darauf, ob der eine für 1000 Franken Waren bezogen habe und der andere nichts? Sie würden ein nettes Geschrei anstimmen. Und doch sind sie um kein Haar besser, wenn sie als Angestellte eines genossenschaftlichen Betriebe kürzere Arbeitszeit, höheren Lohn, bezahlte Ferien und Militärdienst, Fortzahlung des Lohnes bei Krankheit usw., geniessen, dabei aber untätig zusehen, wie ihre Arbeitskameraden im Privatbetrieb schwer um Besserstellung ihrer Lage kämpfen müssen. Ein gewerkschaftlich nicht organisierter Arbeiter im Genossenschaftsbetrieb steht für mich viel niedriger da, als ein Unorganisierter im Privatbetrieb. In der Genossenschaft macht ihm niemand das Koalitionsrecht streitig; es müsste denn schon geschehen durch Genossenschaftsbeamte, die selbst keine genossenschaftlichen Grundsätze besitzen. Gegen solche «Despötlein» gibt es indessen Instanzen, die dem Arbeiter in privaten Betrieben nicht zur Verfügung stehen. Ich fände nicht den Mut, meine Arbeitskraft einer Genossenschaft anzutragen, ohne auch gewerkschaftlich organisiert zu sein. Wer die Wohltaten der Organisation geniessen will, der hat meines Erachtens die moralische Pflicht, selbst Organisationsarbeit zu leisten, indem er seine Arbeitskraft ebenfalls

organisiert und sie somit derjenigen seiner Berufsgenossen vereinigt.

Zum Schlusse möchte ich auch noch der Meinung Ausdruck geben, dass einem Genossenschaftsbetrieb mit gewerkschaftlich unorganisierten Arbeitern nicht in richtiger Weise gedient sein kann. Wer die eigene Organisation vernachlässigt, der kann meines Erachtens die Interessen der Organisation, in deren Diensten er steht, ebenfalls nicht in ehrlicher und gewissenhafter Weise vertreten. Ihm ist die Hauptsache, dass er ein gesichertes Auskommen hat. Ob er aufrichtig seine Pflicht als Gegenwert dafür eingesetzt hat, ist ihm mehr oder weniger gleichgültig. *H. M.-B.*

Nachschrift der Redaktion:

Der letztere Teil der Ausführungen unseres Korrespondenten veranlasst uns zu folgenden Bemerkungen:

Ob die bessern Arbeitsbedingungen in der Genossenschaft hauptsächlich der gewerkschaftlichen Aktion zu danken sind, das möchten wir denn doch bestreiten. Ist es nicht vielmehr notorisch, dass, wo immer die Arbeitsbedingungen in den Genossenschaften verbessert wurden, dies nicht unter dem Druck derGewerkschaften sondern fast immer aus freien Stücken geschah? — Ausnahmen bestätigen nur die Regel. — Uebrigens, wäre unser Korrespondent ein so überzeugter Genossenschafter, wie er vorgibt, dann müsste er auch wissen, warum das nicht anders sein kann. Denn wäre dies der Fall, dann würde das einschliessen, dass es in der Genossenschaft wie im kapitalistischen Betrieb nur ein Recht gibt: das des Stärkeren. Dass eine solche Auffassungsweise dem Wesen der Genossenschaft geradezu ins Gesicht schlägt, brauchen wir wohl kaum näher zu begründen.

Zum zweiten hätte ihm diese seine genossenschaftliche Ueberzeugung sagen müssen, dass, gienge die Genossenschaft ausschliesslich darauf aus — wie das vielleicht früher bei noch nicht zum Bewusstsein ihrer eigentlichen sozialen Aufgaben gelangten Konsumvereinen der Fall war — die Lebensmittel möglichst billig zu beschaffen, d. h. ohne Rücksicht auf das Personal und die die betreffenden Waren erzeugenden Arbeiter, so käme sie mit sich selbst in Widerspruch: anstatt die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen, würde sie, im Gegenteil, noch zu ihrer Verschärfung beitragen, mit dem einzigen sozialen Zweck, das, was sie den einen zu wenig bezahlt (bei der Güterbeschaffung), den andern in Form einer höheren Dividende zuzuschanzen. Dieser soziale Widersinn tritt noch deutlicher zu Tage, wenn wir fragen, wer denn diese «einen» und diese «andern» sind? In der Tat stellen wir uns vor, die sämtlichen Konsumenten einer (bis zur vollen Entwicklung gediehenen) Genossenschaft seien zugleich auch Arbeiter in den derselben gehörenden Eigenbetrieben. Welches Interesse hätten sie dann einander auf obige Weise auszubeuten? Und selbst wenn sie es tun wollten, der «Profit» auf der einen oder andern Seite würde sich kompensieren. Bleibt also bloss die andere Möglichkeit — die Verbilligung der Lebensmittel, bezw. den «gerechten» Preis, durch Ausmerzung der wirtschaftlich rückständigen Verteilungs- und Produktionsmethoden zu erreichen und das ist nur möglich auf Grund einer umfassenden Konsumentenorganisation. Da zeigt es sich dann auch, dass, während im kapitalistischen System die Einführung einer vollkommenen Technik wie überhaupt jeder Mehrertrag der Arbeit nur einzelnen Privatpersonen zum Nutzen gereicht, in der Genossenschaft die daraus entspringenden Vorteile allen, d. h. der Gesamtheit als solcher zugute kommen. Hier ist also der Punkt, wo sich die Interessen der Arbeiter als Produzenten und Konsumenten begegnen.

Damit sind aber auch zugleich die Grenzen gegeben, die der Genossenschaft gesetzt sind in Hinsicht auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen: nicht weil sie darin nicht weiter gehen will, sondern weil sie es nicht kann, kommt sie mit den Gewerkschaften übers Kreuz; denn würde sie nicht Widerstand leisten, so wäre die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit bald überschritten und anstatt sich rasch in der Richtung der Verwirklichung ihres Programms zu entwickeln, würde sie im Gegenteil gar bald den Krebsgang gehen. Und wo wäre dabei der Nutzen? Zum momentanen Vorteil einer kleinen Zahl von Angestellten würden die Interessen der Allgemeinheit und der Zukunft geopfert — ganz abgesehen davon, dass damit die Arbeiterschaft den Beweis erbringen würde, dass sie zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung schlechterdings unfähig ist, womit sie sich zugleich des Rechts begeben würde, über die kapitalistische Ausbeutung sich fernerhin zu beklagen.

Unser Korrespondent darf sich somit nicht wundern, wenn wir seine Entrüstung über die moralische Minderwertigkeit von Angestellten, die ihre Pflicht der Genossenschaft gegenüber höher stellen, als die der Gewerkschaft gegenüber, nicht teilen können. Auch darf er sich nicht wundern, wenn Verwaltungsräte von Genossenschaften bei der Einstellung von Arbeitskräften sich vor allem von der Rücksicht auf die rein berufliche Qualifikation und die genossenschaftliche Treue der betr. Kandidaten leiten lassen und dass sie nach wie vor die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, Partei oder Konfession als Privatsache betrachten.

Im übrigen beweisen diese Auslassungen unseres Korrespondenten nur wieder einmal, wie selbst verständige und dem Genossenschaftswesen wohlwollende Gewerkschafter das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis nicht anders zu beurteilen vermögen, als auf Grund des vom Klassenkampf übernommenen, rein gedanklichen Schemas, ohne sich dabei Rechenschaft abzulegen, dass genossenschaftliches und kapitalistisches Arbeitsverhältnis zwei von Grund aus verschiedene und darum auch unter sich unvergleichbare Dinge sind.

Ueber die Wirkungen der „freien" Konkurrenz im Kleinhandel und Gewerbe.

Eine beliebte Phrase der führenden Mittelstandspolitiker ist bekanntlich die Behauptung von den preisermässigenden Wirkungen der «freien» Konkurrenz im Kleinhandel und Gewerbe.

Die theoretischen Erwägungen und auch die praktischen Erfahrungen beweisen uns zwar täglich das Gegenteil. Was für den Grosshandel und für die Industrie zum Teil gilt, darf nicht ohne weiteres auf die ganz anderen Verhältnisse im lokalen Kleinhandel- und Gewerbe übertragen werden. Insbesondere aber dann nicht, wenn sich trotz der sogenannten «freien» Konkurrenz deutlich die Tendenz direkter Preissteigerungen erkennen und verfolgen lassen.

Da die Herren Mittelstandspolitiker gerade in diesem Punkte so schwer von Begriff zu sein scheinen, kann es nur von Nutzen sein, sie dann und wann auf ein Beispiel aus der Praxis zu stossen.

Vor wenigen Tagen ging durch den mittelständischen Blätterwald ein Sturm der Entrüstung! Was war geschehen? Die Militärfleischlieferungen für den Waffenplatz Luzern wurden an die Grossfirma Samuel Bell Söhne, A.-G. in Basel, die auch in Luzern eine Anzahl Filialen unterhält, vergeben.

Die Firma Bell hatte eben, kraft ihrer Leistungsfähigkeit die günstigste Offerte einreichen können. Dieser an sich ganz natürliche Vorgang gab wieder einmal das Zeichen, um das Lied von der Bedrohung des «staatserhaltenden» Mittelstandes anzustimmen.

Der Protest in den Mittelstandsblättern verrät zwar noch nichts vom Versuch einer Preissteigerung, aber durch das «Recht auf Absatz», das damit proklamiert wird, ist tatsächlich von den Mittelstandspolitikern selbst die Möglichkeit des Seins einer freien Konkurrenz illusorisch gemacht worden.

Aber auch die Absicht einer bewussten Hochhaltung und Steigerung der Fleischpreise ist vorhanden. Mehrere Angriffe nötigten die Firma Bell sich in der Presse zu rechtfertigen. Dabei wird u. a. folgendes bekannt: «Unser grösster Fehler besteht in den Augen der dortigen (Luzerner) Metzgerschaft darin, dass wir nicht nur dem Publikum, sondern auch dem eidgen. Militärdepartement möglichst billige Preise berechnet haben. Wir können das unter anderm deshalb, weil unsere Lieferungen nicht belastet sind mit der Enthaltungsgebühr von Fr. 2000, welche die zu hohen Preisen mit der Militärlieferung bedachten Metzger ihren Kollegen bisher dafür bezahlt haben, dass billigere Gegengebote unterblieben».

Also zwischen den kleinen Metzgermeistern besteht ein Preisabkommen, das diejenigen denen der Zufall den Auftrag zuführt, verpflichtet, den übrigen Meistern für den entgangenen Profit eine Abfindungssumme von Fr. 2,000 zu bezahlen, die natürlich in den Offertenpreisen schon verrechnet worden ist. Wo bleibt da die sogenannte freie Konkurrenz, das freie Spiel der Kräfte, auf das man immer pocht?

Phrasen, nichts als leere Phrasen. Diese 2000 Franken sind eine Prämie auf die Rückständigkeit, Unwirtschaftlichkeit und mangelnde Leistungsfähigkeit des privaten Kleinhandels- und Gewerbes. Sie sind die glatte Verurteilung dieser Kategorie des privaten Handels, die sich damit das eigene Grab schaufelt.

Aus der Praxis

Ueber bessere Arbeitsverteilung in den Konsumvereinen. Fast jedes Jahr, nach dem Abschluss der Betriebsrechnungen unserer Konsumvereine, laufen Hand in Hand damit Neu- oder Ersatzwahlen. Bei diesen Wahlen treten oft Erscheinungen zutage, die absolut nicht zum Besten der Genossenschaft führen. Mit Vorschlägen von Kandidaten wird gewöhnlich nicht gespart, ob sich die Vorgeschlagenen aber für die vakanten Posten eignen, darüber geben sich die Wähler in den wenigsten Fällen Rechenschaft. Die Hauptsache ist, wenn der vakante Posten wieder besetzt wird, ob zu Nutzen der Verwaltung und der Genossenschaft bleibt nur zu oft dahingestellt. Die Verwaltung hat sich mit der Wahl abzufinden und wird wohl oder übel die Person in die ihr obliegenden Arbeiten einzuführen haben. Und da eben — in der Verteilung der Arbeiten — wird noch viel gesündigt. Oft sind es die einzelnen Mandatinhaber (Präsident, Kassier und Aktuar), die an ihren Posten sich möglichst selbständig und unabhängig machen, andernteils sind es leider nur zu oft die Beisitzer, die ihrem Amt des Beisitzens alle Ehre machen, d. h. sich möglichst hüten, ja nicht mehr als absolut notwendig ist zu tun. Das ist unseres Erachtens einer Genossenschaft unwürdig und der Gesamtheit zum grössten Schaden. Jeder Gewählte sollte sich eine Ehrenpflicht daraus machen, seinen Posten voll und ganz auszufüllen, seine ganze Kraft und all sein Können dem Verein zu widmen. Dieser Wille setzt aber voraus, dass die andern Mitglieder der Verwaltung dem Neueintretenden in jeder Beziehung entgegenkommen. Es wäre sehr zu begrüssen, wenn jeder einzelne sukzessive in alle Arbeiten eingeweiht würde, also ein Beisitzer auch mit den Arbeiten des Aktuars, Kassiers und Präsidenten, sowie des Einkäufers vertraut gemacht würde. Anderseits ist es an den Beisitzern, jenen nach Möglichkeit die Arbeit zu erleichtern, d. h. den Teil abzunehmen, der der persönlichen Befähigung am geeignetsten erscheint. Wir sollten mehr eine Einheit in der Verwaltung erstreben und nicht verschiedene streng abgegrenzte Posten schaffen. Es liegt ja auf der Hand, dass jedem seine Arbeit obliegt und diese nicht beliebig gewechselt werden kann; aber mehr Fühlung und mehr vereinte Arbeit wäre hier nur vorteilhaft. Wir schaffen sonst jedem einzelnen eine gewisse Machtstellung und öffnen damit einem Separatismus Tür und Tor, wodurch nur zu oft der einzelne seine Kompetenz überschreitet, was dann wiederum zu Reibereien und Meinungsverschiedenheiten führt. Beugen wir also beizeiten vor, vermeiden wir nach Möglichkeit Zwistigkeiten dadurch, dass wir einander gegenüber stets offenes Visier tragen. Die Lust zur Mitarbeit erwecke man beim neu eintretenden Beisitzer dadurch, dass man ihn mehr oder weniger zu allen Arbeiten heranzieht, damit er den ganzen Gang des Geschäftes mit klarem Auge überblicken kann. Es schädigt und hemmt in einer Genossenschaft nichts mehr, als wenn Arbeitsunlust, Gleichgültigkeit usw. eintreten. — Schenken wir also der Arbeitsverteilung in der Verwaltung vermehrte Aufmerksamkeit, ziehen wir vor allem die Beisitzer zu vermehrter Arbeit heran — an dieser fehlt es ja bei gutem Willen nie — und die vereinte Arbeit wird gewiss nur gute Früchte zeitigen! *G.*

Züricher Steuerfragen. Im Laufe des letzten Sommers erschien der regierungsrätliche Entwurf zu einem neuen Steuergesetz, der durch einen an Klarheit nicht übermässig leidenden § 34 die Rückerstattungen an die Mitglieder der Wirtschaftsgenossenschaften mit der «Ertragssteuer» belasten wollte, während die sogenannten Rückvergütungen (Skonti, Rabatte etc.), die Erwerbsgesellschaften an Nichtmitglieder, also Kunden ausrichten, hätten steuerfrei ausgehen sollen. In unsern Kreisen wurde eine derartige «Volkswirtschaftspolitik» nicht verstanden, zumal sie diametral unserer Verfassungsbestimmung gegenüber stand und auch einer Bestimmung im Gesetzesentwurf selbst widersprach, wonach keine

neuen Steuern auf den Konsum unentbehrlicher Lebensmittel gelegt werden dürfen.

Die Konferenz des VII. Kreises vom 6. Oktober 1912 in Schaffhausen beschäftigte sich dann in einlässlicher Weise mit einer derartig sonderbaren Steuerpolitik und gab nach einem Referat von Herrn Dr. Schär in einer unzweideutig gefassten Kundgebung ihrem Unwillen darüber klaren Ausdruck; es wurde direkt die Verwerfungsparole in bestimmte Aussicht gestellt, wenn dieser konsumentenfeindliche und gegenüber den Krämern liebedienerische Paragraph in einem Steuergesetzentwurfe vor das Volk gebracht werden wollte.

Die Resolution wurde von den Regierungsmännern zwar recht unangenehm empfunden, aber sie verfehlte Gott sei Dank ihre Wirkung nicht. Die Herren werden sich die Dinge in materieller und referendumspolitischer Beziehung nochmals angeschaut und überlegt haben; genug, der für uns so anstössige Paragraph bildet nicht mehr die Verhandlungsbasis in der Steuergesetzkommission des Kantonsrates. Wir notifizieren mit grossem Vergnügen diesen flotten Erfolg unserer Kreiskonferenz.

K.

Arbeiterbewegung

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1911. Dem kürzlich erschienenen Bericht des internationalen Sekretariates der gewerkschaftlichen Landeszentralen entnehmen wir folgende Uebersicht über die Gewerkschaftsbewegung der dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder:

	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder	
	insgesamt	Der Landeszentrale angeschlossen
1. England	3,010,346	861,482
2. Frankreich	1,029,238	450,000
3. Belgien	92,735	77,224
4. Niederlande	153,689	52,235
5. Dänemark	128,224	105,269
6. Schweden	116,500	80,129
7. Norwegen	53,830	53,475
8. Finnland	19,640	19,640
9. Deutschland	3,061,002	2,339,785
10. Oesterreich	496,263	421,905
11. Bosnien-Herzegowina	5,587	5,587
12. Kroatien-Slawonien	8,504	7,182
13. Ungarn	95,180	95,180
14. Serbien	8,337	8,337
15. Rumänien	6,000	6,000
16. Schweiz	78,119	78,119
17. Italien	709,943	384,446
18. Spanien	80,000	80,000
19. Verein. Staaten	2,282,361	1,775,000
Zusammen	11,435,498	6,900,995

Die Zahl aller Gewerkschaftsmitglieder ist in diesen Ländern im Laufe eines Jahres von 9,905,189 auf 11,435,498, die Zahl der Mitglieder der betreffenden Landeszentralen von 6,121,711 auf 6,900,995 gestiegen. Nur für 7 Länder konnte der Prozentsatz aller Organisierten in der Industrie festgestellt werden. Es waren von der industriellen Arbeiterschaft organisiert in Dänemark 51,75 Prozent, Deutschland 32,91 Prozent, Norwegen 27,64 Prozent, Schweden 21,88 Prozent, Vereinigte Staaten 19,26 Prozent, Bosnien 11,64 Prozent, Italien 9,49 Prozent.

Aus unserer Bewegung

Baden. (K.-Korr.) Geschichtliches. «Hier such' ich's nur — dort werd' ich's finden!» Wohl soll gemäss einer Tradition in Baden in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein Konsumverein bestanden haben und es ist in Müllers: «Die schweizerischen Konsumgenossenschaften» gesagt, «der Konsumverein Baden habe in den 50er Jahren bereits einen Vorläufer gehabt», später habe der Konsumverein Zürich dort eine Filiale errichtet, die aber 1868 aufgehoben wurde. Schon bei Abfassung der ersten kleinen «Festschrift» 1897 bei Anlass des 25jährigen Bestehens des hiesigen Konsumvereins forschte ich nach mündlichen und schriftlichen Quellen über den wirklichen Sachverhalt; selbst ältere Zeitgenossen konnten mir keine Auskunft geben. In den letzten Tagen forschte ich nun in einem Zeitungsband von 1863, um zu erfahren, was vor 50 Jahren im Kulturkanton passiert sei. Da stiess ich zu meinem Erstaunen auf folgende Notiz unterm 4. April 1863:

«*Baden.* Der Regierungsrat hat die seit einiger Zeit hier etablierte Filiale des Konsumvereins von Zürich als Handelsfirma anerkannt und deren Aufnahme in das Ragionenbuch des Kantons bewilligt, mit der Bedingung, dass die Firma ihr Domizil in Baden zu verzeigen habe, wo sie belangbar ist.»

Damit war ich aber noch nicht zufrieden; ich wandte mich an den Konsumverein Zürich um nähere Auskunft, und diese lautete, «dass wir laut unsern Geschäftsberichten in Baden ein Depot besassen vom Januar 1863 bis Mai 1875. Das Lokal befand sich gegenüber dem «Hotel zur Waag». Hauseigentümer und Verkäufer zugleich war Herr Geissmann».

Das Lokal war somit das sog. «Bernerhaus», die jetzige Postfiliale «Oberstadt». Das Haus gehörte weiland dem Stand Bern als Domizil seiner Tagsatzungsgesandten.

Wie hübsch wäre es nun gewesen, wenn ich diese geschichtliche Notiz hätte meiner zweiten Festschrift beifügen können — aber besser spät als gar nie. Sie mag nun für die Festschrift, die anlässlich des 50jährigen Bestandes des Konsumvereins Baden ja sicher erscheinen wird, verwendet werden.

Basel A. C. V. (F.-Korr.) Der Genossenschaftsrat setzte am 5. Februar die Verhandlungen über den mit den Verbänden der Lebens- und Genussmittelarbeiter, Handels- und Transportarbeiter, Metallarbeiter und Lederarbeiter abgeschlossenen Tarifvertrag fort. Die Beratungen waren schon in der letzten Sitzung begonnen, aber bei Art. 1, der von der Arbeitszeit handelt, abgebrochen worden, weil aus der Mitte des Genossenschaftsrates von Herrn Hohmann der Antrag gestellt wurde, es sei die Dienstzeit des Verkaufspersonals von 10 auf 9½ Stunden herabzusetzen. Mittlerweile hatte der Verein des Verkaufspersonals zu oben erwähntem Antrag Stellung genommen und unterbreitete dem Genossenschaftsrat eine schriftliche Erklärung, wonach die Verkürzung der Arbeitszeit zwar ein Postulat der organisierten Arbeiterschaft sei, aber die Verteuerung der Lebenshaltung zwinge sie dazu, die Forderung einer Lohnerhöhung in den Vordergrund zu stellen. Würde beides gleichzeitig verlangt, so wäre dadurch das Zustandekommen des Vertrages in Frage gestellt. Durch die Verkürzung der Dienstzeit hätte das Verkaufspersonal eine aufs äusserste gesteigerte Arbeitsleistung zu bewältigen, also eher Nachteile als Vorteile. Mit den im vorliegenden Vertrag enthaltenen Positionen sei das Verkaufspersonal momentan befriedigt, halte aber eine Dienstzeitverkürzung für später als angezeigt.

Der Antragsteller vertritt nochmals seinen Standpunkt, indem er es als unbillig bezeichnet, dass das Verkaufspersonal 10 Stunden, die übrigen Arbeiter und Angestellten nur 9 und 8 Stunden Arbeitszeit hätten, während doch der Verkaufsdienst bedeutend grössere Anforderungen an das Personal stelle, als der Dienst im übrigen Betrieb. Er glaubt, die Läden könnten sehr wohl am Abend eine halbe Stunde früher geschlossen werden, ohne dass eine finanzielle Schädigung des A. C. V. eintrete. Es sei zu erwarten, dass sich die Mitgliedschaft mit den Einkäufen nach der Aenderung der Oeffnungszeit richten werde.

Gegen den Antrag Hohmann nahm auch der Referent der Verwaltungskommission, Herr Zentralverwalter Angst Stellung, indem er es sonderbar fand, dass aus der Mitte des Genossenschaftsrates Anträge gestellt werden, die über das hinausgehen, was die Verwaltungskommission bei den Unterhandlungen mit vertragsschliessenden Verbänden zugestanden hat. Der Referent warnte eindringlich vor Annahme eines solchen Antrages, der eine weitere erhebliche Mehrbelastung des Lohnkontos zur Folge hätte. Mit der Dienstzeitverkürzung am Abend würde eine bedeutende Umsatzverminderung eintreten, indem sich ein Teil der Mitglieder anderswo bedienen lassen müsste; würde dagegen die halbe Stunde durch eine Verlängerung der Mittagspause eingebracht, so müsste eine Vermehrung des Ladenpersonals stattfinden, wofür die Mehr-

ausgaben auf zirka 40,000 Franken geschätzt werden. Eine solche Mehrbelastung zu den bewilligten Lohnerhöhungen hinzu dürfe heute unter keinen Umständen eintreten.

Von Vertretern der Gruppe Arbeiterbund wie auch von bürgerlicher Seite wurde gegen den Antrag materiell Stellung genommen, während sich beide Gruppen im Prinzip für eine Verkürzung der Dienstzeit des Verkaufspersonals aussprachen, die aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch hinausgeschoben werden müsse. Der Antrag wurde denn auch mit grossem Mehr gegen 5 Stimmen abgelehnt. Dasselbe Schicksal erfuhr ein von gleicher Seite gestellter Antrag, die Bestimmung zu streichen, dass dem Arbeitspersonal die Beteiligung an der Maifeier von nachmittags 1 Uhr an, soweit es der Geschäftsbetrieb zulässt und ohne Lohnabzug, gestattet. Die übrigen Artikel des Tarifvertrages entsprechen den Bestimmungen des neuen Lohnreglementes und des bisherigen Dienstreglementes. Neu und nur im Tarifvertrag enthalten ist die Bestimmung, dass nach Verfluss von zwei Jahren, also mit 1. Januar 1915, für die Arbeiter und Arbeiterinnen eine Erhöhung der Lohnansätze um je 2 Fr. per 14tägigen Zahltag eintritt. Mit dieser Lohnerhöhung war anfänglich die Klausel verknüpft, dass sie nur erfolgen solle, wenn das statistische Amt ein Fortbestand oder eine Steigerung der teuren Lebenshaltung konstatiere. Nachdem aber bei erneuten Unterhandlungen die vertragsschliessenden Verbände im Auftrage des Personals erklärt hätten, sie könnten unter diesen Umständen nur für eine zweijährige Vertragsdauer stimmen, wurde die einschränkende Bestimmung gestrichen, so dass nun die Zulage von 2 Fr. per Zahltag mit 1. Januar 1915 unter allen Umständen eintritt. Der Vertrag gilt nun für vier Jahre. Das Besoldungsreglement, wie auch der Tarifvertrag unterstehen dem Referendum. Für ersteres läuft die Frist am 28. Februar, für letzteres am 6. März ab.

Goldau. (K.-Korr.) Sonntag den 9. Februar veranstaltete die Konsumgenossenschaft Goldau einen Lichtbildervortrag, der sehr gut besucht war. Der V. S. K. hatte uns in der Person des Herrn Dr. H. Faucherre einen tüchtigen Referenten gestellt, der sich denn auch seiner Aufgabe in ausgezeichneter Weise erledigte. Solche Vorträge sind nicht bloss nützlich für die Ausbreitung der Genossenschaft, sondern sind auch eine Erbauung für diejenigen, die schon längst für die Sache gewonnen sind. Hoffen wir, dass der Sämann nicht umsonst seinen Samen ausgestreut! Dem Herrn Referenten und dem V. S. K. sei auch an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt.

Langenbruck. (St.-Korr.) In Anwesenheit von ca. 60 Personen aus Langenbruck und dem benachbarten Holderbank sprach am Fastnachtsonntag Herr Maag vom V. S. K. Basel über «Wesen und Ziele der Konsumgenossenschaften». Beginnend mit der allgemeinen Geschichte der Genossenschaften, beleuchtete der Herr Referent im weitern die Ursachen der Genossenschaftsbewegung und nicht minder deren Vorteile, hiebei interessante Vergleiche ziehend. In erläuternder Weise gab er Aufschluss über das Werden der Konsumgenossenschaften von der Geburtsstätte Englands bis in die stillen Alpentäler des lieben Schweizerlandes. Ein ausgezeichneter Projektionsapparat demonstrierte sichtbar die ungeahnten Erfolge und das gewaltige Aufstreben der Konsumgenossenschaften da, wo die Genossenschafter solidarisch treu zusammenhalten und in zielbewusster Arbeit dem genossenschaftlichen Gedanken praktisches Leben verleihen. In durchaus sachlichem, wohldurchdachtem Referat entledigte sich Herr Maag seiner Aufgabe. Allgemein war daher auch der Beifall, der dem mehr als einstündigen Vortrage folgte. Derselbe wurde von den Herren Bebler und Kohler, Vorstandsmitglieder des Konsumvereins Waldenburg, auch im Namen aller Anwesenden herzlich verdankt.

Langenthal. (A.-Korr.) Bekanntlich besitzt die Konsumgenossenschaft Langenthal seit Oktober 1912 eine nach neuestem Muster eingerichtete Bäckerei mit anstossendem Molkereigebäude.

In der Sitzung vom 1. Februar 1913 fasste der Verwaltungsrat den Beschluss, die Einrichtung und Lieferung der notwendigen Maschinen für die Molkerei der bestens bekannten Firma Vogt-Gut in Arbon zu übertragen. Die Vorarbeiten sind nun soweit gediehen, dass wir hoffen, bis zur zweiten Hälfte März d. J. den Betrieb aufnehmen zu können, zu Nutz und Frommen unseres Milchgeschäftes.

Wir freuen uns, dass uns nun Gelegenheit geboten ist, die überschüssige Milch rationell verwenden zu können. Der Milchhändlerverein in Langenthal wird in Zukunft gewiss aus einem andern Loche pfeifen, wenn er, wie es auf Anfang dieses Jahres geschah, in Tageszeitungen schreibt: Er, der Milchhändlerverein, bringe der Einwohnerschaft eine freudige Ueberraschung, indem diesesmal er und nicht etwa die Konsumgenossenschaft den Preis der Milch von 24 auf 22 Cts. per Liter ermässige.

Dieser Milchhändlerverein gibt also ohne weiteres zu, dass die Genossenschaft schon mehrmals als Preisregulator gewirkt hat, daher aus lauter «Aerger» das nette Zugeständnis. — Wir gedenken noch öfters in diesen Fall zu kommen.

Langnau i. E. (W. E.-Korresp.) Die ordentliche Hauptversammlung unserer Genossenschaft, die Sonntag den 2. Februar, nachmittags, im grossen «Hirschensaale» abgehalten wurde, war trotz des richtigen «Hornerwetters» von 370 Personen besucht. Nach der üblichen Begrüssung, der Bereinigung der Traktandenliste und der Wahl der Stimmenzähler wurde das letzte Protokoll verlesen und genehmigt. Alsdann gelangte der 14. Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Oktober 1911 bis 4. Oktober 1912 zur Beratung, der mit Genugtuung eine andauernd gedeihliche Entwicklung unserer Genossenschaft konstatiert. In der Berichtszeit sind dem Konsumverein 114 neue Mitglieder beigetreten, so dass auf Ende September 1912 deren Zahl auf 1004 angewachsen ist. Der Gesamtumsatz erreichte den Betrag von Fr. 431,929 gegen Fr. 331,106 im Vorjahr, also eine Zunahme von rund Fr. 100,800, trotzdem kein neuer Betriebszweig eingeführt und keine neue Filiale eröffnet wurde. Der Durchschnittsbezug pro Mitglied hat sich von Fr. 395 im Vorjahr auf Fr. 448 erhöht, gewiss ein schöner Fortschritt, obwohl nicht zu verhehlen ist, dass hier noch ein wesentlich höherer Durchschnittsbezug möglich wäre.

Am Mehrumsatz sind sämtliche Filialen und Betriebe beteiligt. Die Bäckerei produzierte im ganzen 127,990 kg Ruchbrot, 83,773 kg Weissbrot und für Fr. 3256 Kleinware. Das Anteilscheinkapital betrug auf Ende der Berichtszeit Fr. 23,784 gegen Fr. 20,153 im Vorjahr. Die Obligationen erreichen den Betrag von Fr. 82,730; die Spargelder stiegen von Fr. 91,743 im Vorjahr auf Fr. 122,156. Es wurde in sämtlichen Betrieben ein Einnahmenüberschuss von Fr. 80,349 erzielt.

Unter den Bilanzposten seien noch erwähnt: Immobilien Fr. 154,792, Warenvorrat Fr. 175,205, Reservefonds Fr. 22,907, Anteilscheinkapital Fr. 23,784, Hypotheken Fr. 60,900. Nach den üblichen Abschreibungen verbleibt ein Betriebsüberschuss von Fr. 32,878. Derselbe wurde nach dem Vorschlage des Vorstandes wie folgt verteilt: Fr. 25,439 (7%) werden an die Mitglieder rückvergütet, Fr. 7000 werden dem Reservefonds und Fr. 100 der Hilfskasse zugewiesen, Fr. 290 werden zu wohltätigen Zwecken vergabt und der Rest von Fr. 48.51 auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Wahlen ergaben die Bestätigung der bisherigen Vorstandsmitglieder: Gottlieb Berger, Arnold Müller, Fritz Küpfer in Langnau, Gottfr. Berger in Rüderswil, und der Rechnungsrevisoren Emil Dick und Fritz Mosimann. Neu wurden in den Vorstand gewählt: Christ. Mauerhofer, Landwirt, unt. Blagbach, Trubschachen, und Rud. Gugger, Säger, Ried, Emmenmatt.

Nach eingehender Begründung durch Verwalter Röthlisberger wurde hierauf der Abschluss des Geschäftsjahres auf Ende August oder Anfang September verlegt, mit Rücksicht auf die jeweilen meist schon im September eintreffenden grossen Sendungen von Winterwaren, die dann ins Inventar aufgenommen werden mussten, und im Hinblick auf die etwas flauere Geschäftszeit im August, die zur Inventaraufnahme gut ausgenützt werden kann.

Die Versammlung bewilligte im weitern dem Vorstand und der Verwaltung einen Kredit von Fr. 30,000, um die Frage der Erstellung eines Neubaues für die Ablage Zollbrück in die Wege zu leiten.

Neben diesen Verhandlungen hielt Verwalter Röthlisberger einen Vortrag über das Thema: «Die Stellung der Frau zu der Genossenschaft». Das eingehende und treffliche Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Nach einem kurzen Dankeswort von Präsident Berger konnte die würdige Tagung um 4 Uhr geschlossen werden.

Lyss. (H. B.-Korresp.) Die diesjährige ausserordentliche Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Lyss, welche Samstag den 1. Februar stattfand, hatte sich mit der Frage betreffs Errichtung einer eigenen Bäckerei zu befassen.

Um jedoch vorerst die Mitglieder über die Eigenproduktion aufzuklären, wurde die Versammlung mit einem Vortrag verbunden. Herr Dr. Faucherre verstand es, in einstündigem Referat über das Thema «Die Brotvermittlung durch die Konsumgenossenschaften» die Mitglieder mit der Angelegenheit vertraut zu machen.

Wir verdanken ihm die kurze Zeit, während welcher er unter uns weilte, und seine Mühe an dieser Stelle nochmals bestens und hoffen, ihn nicht das letztemal bei uns gesehen zu haben.

Mit Freude konnte der Aufsichtsrat den einstimmigen Beschluss entgegennehmen, in dem die Generalversammlung demselben zur Errichtung einer Bäckerei einen Kredit von Fr. 22,000 bewilligte. Wir wollen hoffen, dass der genossenschaftliche Sinn uns in bisheriger Weise weiterführt.

Wir geben hier noch einige Umsatzziffern der verflossenen acht Betriebsmonate bekannt, welche auf Fr. 93,237 angestiegen sind, gegenüber dem Vorjahre eine Vermehrung von Fr. 11,337

oder 14%. In diesen Beträgen sind die Vertragslieferanten nicht inbegriffen. Der Brotumsatz beläuft sich in angegebener Zeit auf 46,600 kg oder Fr. 14,245; im gleichen Zeitraum des Vorjahres auf 38,800 kg oder Fr. 12,077. Mehrumsatz also Fr. 2168 oder 18%.

Niedergerlafingen. (M.-Korr.) Einen recht lehr- und genussreichen Vortrag bot uns am 9. Februar Herr Redaktor Ulrich Meyer aus Basel über «Vor- und Nachteile des Barverkaufsystems», verbunden mit Lichtbilderprojektionen. Herr Redaktor Meyer, dessen Ausführungen zu entnehmen war, dass «ein Mann aus dem Volke» zum «Volke» sprach, verstand es meisterhaft, uns über dieses Thema, das seit Jahren als ungelöstes Problem die Traktandenliste der Hauptversammlungen zierte, mit Beispielen aus der Praxis und materiellen Handelsgrundsätzen recht ansprechend zu unterrichten. Wir hoffen, der gute Samen, den der Referent mit seinen Ausführungen unter der zahlreichen Zuhörerschaft ausstreute, werde auf guten Boden gefallen und damit der bevorstehenden Lösung über Einführung des Barverkaufes ein Schicksal beschieden sein, das als ein Markstein in der Weiterentwicklung unserer Genossenschaft dereinst bezeichnet werden wird.

Anschliessend an sein vorzügliches Referat erfreute uns Herr Meyer mit einer Anzahl Bildern aus der Entwicklungsgeschichte des Genossenschaftswesens, die ebenfalls allgemein dankbare Aufnahme fanden. — Dem Herrn Referenten sei auch hier im Namen der Zuhörerschaft für das Gebotene der beste Dank ausgesprochen.

Delsberg. Eine ausserordentlich erfreuliche Entwicklung hat unser Verbandsverein in Delsberg während des letzten Berichtsjahres zu verzeichnen. Der Warenumsatz erreichte den Betrag von Fr. 429,642 gegen Fr. 289,014, somit *ein Mehrumsatz von Fr. 140,627.* Zu den Depots in Courtételle und Münster ist seit März letzten Jahres ein neues hinzugekommen, im Neuquartier in Münster, das vom 18. März bis 30. September, d. h. in 6 Monaten, bereits einen Umsatz von Fr. 21,102 erreichte, womit künftighin auch die Rendite dieses letzten Zweiges gesichert ist. Dass bei dieser kräftig aufstrebenden Entwicklung die Fusion mit dem andern noch in Delsberg bestehenden Konsumverein nur noch eine Frage der Zeit sein wird, liegt auf der Hand. In der Tat wurden auch schon diesbezüglich Unterhandlungen eingeleitet, die jedoch bis dato noch zu keinem Ziele geführt haben. Wenn es soweit kommt, dann steht dem Auswachsen dieses Vereins zu einem Bezirkskonsumverein, wozu ihn seine geographische Lage ganz besonders bestimmt, nichts mehr im Wege. Bemerkt sei nur noch, dass die Abschaffung der Anteilscheine dem Verein in keiner Weise geschadet hat; was er an Anteilscheinen zurückbezahlt, wurde ihm in Form von freiwilligen Depositen mehr als ersetzt. Der relatif geringe Reinüberschuss von Fr. 4145, von dem Fr. 400 zur Vergabung für wohltätige Zwecke gelangen, der Rest dagegen den Reserven überwiesen wird, erklärt sich aus dem Umstand, dass der Verein den Mitgliedern im vornherein 8% Rabatt auf sämtlichen Einkäufen gewährt.

Genf. Fleischversorgung. — Unter der Firma «*Société anonyme des boucheries coopératives de Genève*» hat sich unter der Führung des dortigen Konsumvereins und der gemeinnützigen Gesellschaft für Volksküchen eine Fleischereigenossenschaft gegründet, die sich zur Aufgabe gestellt, die dortige Bevölkerung mit billigem Fleisch, hauptsächlich Gefrierfleisch, zu versorgen. Am 3. Januar anhin begann sie ihre Tätigkeit in drei Auswägestellen. Der Erfolg war ein überraschend guter. Ein solches Gedränge von Hausfrauen hatte man in Genf noch nie in Fleischerläden gesehen. Dass die Privatmetzger darob sehr ungehalten sind, lässt sich wohl denken.

Grenchen. Was die Situation an diesem Orte besonders kennzeichnet, ist, dass neben unserm Verbandsverein noch drei andere Konsumvereine bestehen. Um so erfreulicher ist es deshalb zu konstatieren, wie der erstere immer mehr die Oberhand gewinnt. Das kommt auch wieder in dem uns vorliegenden 15. Jahresbericht klar zum Ausdruck. Trotzdem das Geschäftsjahr bloss 11 Monate umfasst, weist der Umsatz gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme auf von Fr. 8319 (bei 12 Monaten würde sie über 10,000 Fr. betragen haben), d. h. der Umsatz ist gestiegen von Fr. 237,343 auf Fr. 245,622. Die Mitgliederzahl hat im Laufe des Jahres die Zahl 1000 überschritten (1050). Der Ertrag der vorletztes Jahr neu eingerichteten Bäckerei ist ebenfalls zufriedenstellend. Zur Verbesserung der Verkehrsmittel wurde letztes Jahr ein Automobil angeschafft. Vom V. S. K. wurden für Fr. 119,734 Waren geliefert. Vom Reinüberschuss (Fr. 30,336) wandern Fr. 4550 in die Reserven, Fr. 1516 in den Baufonds, Fr. 500 in den Unterstützungsfonds, Fr. 340 werden zu Vergabungen und Fr. 23,000 (9%) als Rückvergütung ausgerichtet. Der Reservefonds ist damit auf Fr. 29,038, der Baufonds auf Fr. 12,511 angewachsen.

Heerbrugg. Mit Genugtuung konstatieren wir, dass die aufsteigende Entwicklung dieser Genossenschaft auch im vergangenen Jahr sich wieder von neuem bestätigt hat: von Fr. 30,000 im ersten Jahre (1905), Fr. 59,000 im Jahre 1907, Fr. 93,000 im Jahre 1909 ist der Umsatz nun auf Fr. 165,000 angewachsen, wovon der V. S. K. für Fr. 66,225 geliefert. Bei diesem raschen Wachstum versteht man auch, dass die Lokalitäten schon wieder zu eng zu werden beginnen und das Bauen somit zur Notwendigkeit wird. Demgemäss wurde denn auch ein Bauplatz zu den bereits bestehenden Liegenschaften hinzugekauft. Von dem Reinüberschuss werden Fr. 3030 den verschiedenen Reserven zugewiesen und von der restierenden Summe 10% Rückvergütung an die Mitglieder und 5% an Nichtmitglieder ausgerichtet. Da es sich um einen St. Galler Verein handelt, ist es angebracht zu erwähnen, dass *Fr. 2673* als Steuern entrichtet werden mussten, d. i. beinahe 9 Fr. pro Mitglied. Wie lange noch wird eine solche Ungerechtigkeit sich ungestraft breit machen können?

Solothurn. Wenn auch die Zunahme des Gesamtumsatzes im vergangenen Jahr etwas geringer ist als in den vorhergehenden Jahren, so ist der Fortschritt nichtsdestoweniger zufriedenstellend: Fr. 1,265,497 gegen Fr. 1,188,442 im Vorjahre. Das wichtigste Ereignis im Berichtsjahre war die Erstellung eines Oekonomie-Gebäudes mit Dienstwohnungen und die Renovation des Warenkellers. Jedoch kaum sind diese Bauten beendigt, stellt sich auch schon wieder das Bedürfnis ein für neue. Der Sparkassenbestand seinerseits ist gestiegen von Fr. 230,730 auf Fr. 296,900; die Mitgliederzahl von 2761 auf 2936. Während sonst alle Geschäftszweige eine mehr oder weniger erhebliche Zunahme gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen haben, ist der Umsatz im Schuhgeschäft zurückgegangen und zwar von Fr. 86,370 auf Fr. 75,580. Der Betriebsüberschuss im Betrage von Fr. 99,850 wird wie folgt verwendet: Fr. 14,987 auf Abschreibungen, Fr. 14,400 als Einlagen in die verschiedenen Fonds, Fr. 678 für Vergabungen, Fr. 69,677 für Rückvergütungen (9%, auf Schuhwaren 6%) wozu noch Fr. 6638 als Rückvergütung von den Einkäufen bei Vertragslieferanten kommen. Im grossen und ganzen also ein ganz befriedigendes Resultat.

Uetendorf. Bezeichnend für diese Genossenschaft ist, wie sich sowohl Umsatz als Mitgliederzahl seit Gründung in gleichmässig und stufenweise aufsteigender Tendenz bewegen. Während der Umsatz von Fr. 102,706 auf Fr. 124,100 stieg, nahm die Zahl der Mitglieder um 53 zu, womit sie nun auf 266 angewachsen. Mehr aber als diese Zunahme gilt den dortigen Genossenschaftern die Erwerbung eines eigenen Heims, ein Ereignis, das das Jahr 1912 zu einem besonders bedeutungsvollen für sie gestaltete. Mit der Zunahme des Umsatzes macht sich nun auch das Bedürfnis eines ständigen Verwalters geltend, eine Frage, die demnächst an die Reihe kommen wird. Von obigem Umsatze lieferte der Verband für Fr. 68,547 gegen Fr. 54,336 im Vorjahre. «Das beidseitig gute Einvernehmen lässt nichts zu wünschen übrig» heisst es diesbezüglich in dem uns vorliegenden Bericht. Das «Genossenschaftliche Volksblatt» ist für sämtliche Mitglieder abonniert, «ein Umstand der ebenfalls nicht wenig zum Gedeihen unserer Genossenschaft beigetragen». Die Sparkasse erfreut sich ebenfalls einer schönen Zunahme: Fr. 9842 gegen Fr. 7190 im Vorjahre. Den Mitgliedern werden auf Waren 8%, auf Brot 5% rückvergütet.

An unsere Mitarbeiter!

Da der Text für den «Schweiz. Konsum-Verein» mit der Setzmaschine hergestellt wird, ist es notwendig, dass nur vollständig durchkorrigiertes Manuskript in die Druckerei gelangt; aus diesem Grunde werden die verehrlichen Korrespondenten ersucht, nur druckfertiges Manuskript zu liefern, die Manuskriptblätter nur auf einer Seite zu beschreiben und für alle Eventualitäten genügend Raum freizulassen, damit allfällige redaktionelle Verbesserungen oder Aenderungen angebracht werden können.

Dazu ist noch zu bemerken, dass die Redaktion zwar gerne bereit ist, allfälligen Wünschen über die Aufnahme einer Korrespondenz in einer bestimmten Nummer zu entsprechen, dass sie jedoch mit Rücksicht auf die Raumverhältnisse und allfälligen Stoffandrang sich die Entscheidung hierüber selbst vorbehalten muss. In Korrespondenzen über Generalversammlungen, Vorträge etc. bitten wir, nur das absolut Notwendige zu berichten.

Redaktion: Dr. Henry Faucherre.

Redaktionsschluss 13. Februar.

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: **Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)** Für denselben: Dr. **Oskar Schär.**